

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Sylvia Bruns und Jörg Bode (FDP)

Was macht die Landesregierung gegen die Angst vor Ansteckungen in Bussen und Bahnen?

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 31.08.2020

Am 11.03.2020 erklärte die WHO die Atemwegserkrankung COVID-19 offiziell zu einer Pandemie. Schnell wurden weltweit Verhaltensregeln gegen die Ausbreitung und direkte Übertragung des Coronavirus entwickelt. Zu diesen Verhaltensregeln gehören Abstands- und Hygieneregeln sowie das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes in Teilbereichen des öffentlichen Lebens, wie z. B. öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Thema „Maskenmuffel“ (HAZ, 23.07.2020) und „Maskenpflicht“ (HAZ, 18.07.2020) im ÖPNV beschäftigt seit Monaten landesweit die Öffentlichkeit. „Die Angst vor Ansteckung in Bussen und Bahnen werde die Menschen noch eine ganze Weile begleiten“ (*Zeitung für kommunale Wirtschaft*, 10.08.2020), und: „Die Nahverkehrsbranche kämpft um die Rückkehr zur Normalität“ (ebenda), beschreiben die landesweite Situation im ÖPNV, die von Vertrauensverlusten und vom Rückgang der Fahrgastzahlen geprägt ist. Am Beispiel des Verkehrsunternehmens ÜSTRA in Hannover „Maskenmuffel bringen ÜSTRA in Zugzwang - Der Verkehrsbetrieb sah lange weg“ (HAZ, 23.07.2020) stellt sich die Frage, wie Verkehrsunternehmen die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Gesundheitsregeln und Verhaltensweisen kontrollieren. Den Fragestellern ist z. B. mehrfach berichtet worden, dass Mitarbeiter des Sicherheitsdienstleisters der ÜSTRA, der protec Serive GmbH, im Laufe des aktuellen Pandemiegeschehens in letzter Zeit zwar öfter auf den Bahnsteigen gesichtet würden, diese aber sogenannte Maskenmuffel nicht ansprächen, sondern an ihnen kommentarlos vorbeigehen. Die protec ist eine Tochter der ÜSTRA, welche zu über 98 % der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH (VVG) gehört. Die VVG ist eine Holding im 100-prozentigen Besitz der Stadt Hannover und der Region Hannover. Laut einer Pressemitteilung vom 28.08.2020 fordert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen die personelle Unterstützung durch Polizei und Ordnungsämter bei der Kontrolle der Maskenpflicht und dem Durchsetzen von Strafzahlungen (dpa, 28.08.2020).

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Angst vor Ansteckung mit dem SARS-CoV-2-Virus bei den Fahrgästen in Bussen und Bahnen in Niedersachsen?
2. Wie stellt die Landesregierung während der aktuell laufenden Pandemiephase sicher, dass mindestens auf den wichtigsten Bahnsteigen des ÖPNV während der Hauptverkehrszeiten effektive Kontrollen und gezielte Ansprachen gegenüber Maskenverweigerern erfolgen?
3. Wird die Landesregierung zusammen mit den Betreibern des ÖPNV zeitnah etwas verändern oder verbessern, damit die Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung von COVID-19 wirksam erfolgt, und wenn ja, was?

(Verteilt am 02.09.2020)